

Pendlerunterkünfte sind dringlich

Der verteidigungspolitische Sprecher der SPD besucht das Hubschraubergeschwader 64

Von Roland Ray

LA - Unterkünfte für Pendler und Kinderbetreuung: Auch über diese Themen hat Rainer Arnold, verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, am Mittwoch bei einem Besuch des Hubschraubergeschwaders 64 (HSG) mit den Soldaten gesprochen. Kritik übte er an Ursula von der Leyen (CDU): Mit ihrer „pauschalierenden Bemerkung“, dass die Bundeswehr ein Haltungsschwäche auf verschiedenen Ebenen erkennbar sei, habe die Verteidigungsministerin Vertrauen zerstört.

„Das darf nicht über die Lippen“

„Auch wenn nachher zurückgerudert wurde, so was darf nicht über die Lippen gehen“, sagte Arnold bei einem Pressegespräch in der Kiesinger-Kaserne. „Jeder rechtsradikale Vorgang ist einer zu viel, aber man braucht trotzdem Augenmaß und Mitte, um mit den Problemen umzugehen.“

Von der Leyen hatte nach der Festnahme des zuletzt in Illkirch stationierten terrorverdächtigen Oberleutnants Franco A. strukturelle Probleme bei den Streitkräften beklagt. „Die Soldaten haben den Eindruck, hier wurde überzogen“, sagt Rainer Arnold.

Zu den jüngsten Hinweisen auf rechtsextreme Umtriebe in der Truppe sagte Arnold, er habe keinerlei Indikatoren, „dass das in der Bundeswehr ein Massenphänomen ist“. Der bisherige Umgang mit Verdachtsmomenten taue allerdings nicht; es müssten in solchen Fällen auch externe Ermittler eingeschaltet



Der SPD-Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold (links) hat in Begleitung seines Biberacher Fraktionskollegen Martin Gerster (rechts) das Hubschraubergeschwader 64 in Laupheim besucht. Unser Bild zeigt die Parlamentarier im Gespräch mit dem Kommandeur, Oberst Stefan Demps.

FOTO: ROLAND RAY

werden. Die Soldaten müssten zudem „diskussionsfest“ sein, wenn Kameraden rechtsextreme Meinungen verbreiteten – „dazu brauchen sie politischen Unterricht, das wurde ein Stück weit vernachlässigt“.

„Dramatischer Zuwachs“

Im Gespräch mit Vertrauensleuten des Laupheimer Geschwaders sei es nicht zuletzt um das Thema Familie gegangen, berichtete der Abgeordnete aus dem Wahlkreis Nürtingen. „Die Zeiten, in denen Soldaten versetzt werden und die ganze Familie zieht mit, sind vorbei“, hat er beobachtet. „Die Frauen haben eine eigenständige Erwerbsbiografie, sie haben Kinder, und nicht jedes Kind ist in der Lage, alle zwei Jahre in ein

des HSG 64, könnten etwa 50 Soldaten am Standort ein solches Angebot sehr gut gebrauchen. Nach Angaben des Rathauses führt die Stadt Gespräche mit der Bundeswehr und der Firma Diehl Air Cabin, die über eine gemeinsame Betriebskita nachdenken. Rainer Arnold forderte eine unbürokratische Herangehensweise im Ministerium in Berlin. Anzustreben sei eine Lösung, „wie sie in die lokalen Gegebenheiten passt“.

Afghanistan: kein Ende in Sicht

„Wie lange sind wir noch in Afghanistan?“ Auf diese Frage von Laupheimer Soldaten habe er keine Antwort geben können, sagte Arnold. Man werde sich aber nicht verhalten wie etwa die Franzosen: „Die gehen mal schnell irgendwo hin und schnell wieder raus, da haben wir eine andere politische Verantwortung“. Die Belastung, die der Einsatz manchen Angehörigen des HSG 64 abverlange, sei indes „politisch eigentlich nicht mehr vertretbar“.

Zu den wiederholten Besuchsverboten für Bundestagsabgeordnete auf dem türkischen Nato-Luftwaffenstützpunkt Incirlik erklärte Arnold: Entweder die Kanzlerin komme vom Nato-Gipfel in Brüssel mit einer grundsätzlichen Besuchserlaubnis, „dann soll's recht sein. Andernfalls würden wir nächste Woche die Regierung drängen, sofort mit der Verlegungsplanung zu beginnen.“ Als mögliche Alternativen kämen Jordanien und Zypern in Betracht. Ein Umzug könne in sechs bis acht Wochen über die Bühne gehen, so dass die Lücke für die Allianz gegen den IS nicht allzu groß würde.

anderes Bundesland mit anderen Schulbedingungen zu ziehen.“ Als eine Folge daraus habe die Zahl der Pendler dramatisch zugenommen. Gleichzeitig gebe es eine gesetzliche Regelung, wonach Soldaten über 25 Jahre keinen Anspruch haben, in der Kaserne unterzukommen.

Notwendig seien deshalb Pendlerunterkünfte, sagte Arnold. Das hätten auch die Vertrauensleute in Laupheim sehr eindringlich gefordert. Die SPD habe dazu eine Konzeptskizze in der Schublade. Im Fall einer weiteren Regierungsbeteiligung nach der Bundestagswahl im September wolle man das Thema angehen.

Thema Kinderbetreuung: Laut Oberst Stefan Demps, Kommandeur